Morgen-Ausgabe
No. 125 — 58. Jahrgang

Berliner Volks-Zeitung

Zweites Beiblatt
Mittwoch, 16. März 1910

Herrenhaus

3. Sitzung vom 15. März

Am Ministertisch: Kommissare.

Präsident Freiherr **v. Manteuffel** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten.

Neu eingetreten in das Haus sind Geheimrat Adolf Wagner, General Freiherr v. Bissing und Dr. Krupp von Bohlen-Halbach.

In die statistische Zentralkommission wird Dr. Wachler gewählt.

Einer Verordnung des Staatsministeriums zur Bekämpfung der akuten Poliomyelitis (Kinderlähmung) in den Regierungsbezirken Arnsberg, Köln und Düsseldorf wird nach einem Referat des Oberbürgermeisters **Wallraf**-Köln zugestimmt.

Es folgt die zweite Beratung des zunächst dem Herrenhause vorgelegten Gesetzentwurfs wegen Vermeidung von Doppelbesteuerungen bei Heranziehung zu direkten Kommunalsteuern in verschiedenen Bundesstaaten. Die Finanzkommission empfiehlt unveränderte Annahme des Entwurfs, der angenommen wird.

In zweiter Lesung wird darauf die ebenfalls zunächst dem Herrenhause vorgelegte Novelle zum Staatsschuldbuchgesetz beraten. Die Kommission empfiehlt Annahme des Gesetzes. Der Entwurf bestimmt, daß mit Ermächtigung des Finanzministers künftig Buchschulden auch ohne Umwandlung begründet werden können. Voraussetzung ist, daß der Kaufpreis für Schuldverschreibungen, deren Nennwert der einzutragenden Buchschuld entspricht, nebst den Stückzinsen seit dem letzten Zahlungstermin bar eingezahlt wird. Der Finanzminister setzt den Kaufpreis fest und bestimmt die Kasse, bei der die Einzahlung zu geschehen hat. Nach dem geltenden Gesetz konnten Eintragungen in das Staatsschuldbuch nur gegen Einlieferung von Schuldverschreibungen des Staates vorgenommen werden, die dann vernichtet werden mußten. Bei dieser Praxis mußten also im Falle der Begebung einer Staatsanleihe in der Voraussicht, daß ein Teil der Anleihen zur Einzeichnung in das Staatsschuldbuch gezeichnet werden würde, auch für die Schuldbuchzeichnungen Stücke hergestellt werden. Die Novelle will diese Umständlichkeiten mit der oben angeführten Maßnahme beseitigen.

Oberbürgermeister **Kirschner** berichtet über die Kommissionsverhandlungen.

Finanzminister Freiherr **v. Rheinbaben:** Die Vorlage hat zunächst scheinbar nur technische Zwecke im Auge. Sie soll die Benutzung des Staatsschuldbuchs erleichtern und sie mehr nach kaufmännischen als nach rein juristischen Gesichtspunkten regeln. Sie soll das Schuldbuch zu einer immer allgemeiner benutzten Einrichtung machen. Damit aber ist auch eine Festigung unseres Anleihemarktes verbunden, und es wird vermieden, daß der Geldmarkt in Zeiten ungünstiger Konjunktur mit unseren Anleihen belastet und eine Kursverminderung unserer Anleihen herbeigeführt wird. Ich halte es für meine Pflicht, immer wieder auf den ganz ungenügenden Stand unserer Staatsanleihen hinzuweisen. Nur so kann man das Verständnis der Nation für unsere Staatsanleihen wecken. Wenn unsere Staatspapiere weit hinter den gleichwertigen Papieren von England, Frankreich und Italien zurückstehen, so ist das ein Zustand, der schon mit unserer nationalen Würde nicht vereinbar ist. (Sehr richtig!) Diese ungünstige Entwickelung hat der Nation schwere Schäden zugefügt. Wer hat den Schaden davon, daß unsere dreiprozentige Rente seit 1895 beinahe um 18 Prozent zurückgegangen ist? (Sehr richtig!) Den größten Schaden hat der Offizier, der Beamte, die kleinen Rentner, die Witwen und Waisen unserer Bevölkerung. Wir haben jetzt zum vierprozentigen Typ übergehen müssen. Das macht doch einen ungünstigen Eindruck. Und welche Bedeutung hat ein sicherer Markt im Kriegsfalle! Wir müssen im Frieden dafür sorgen, daß der Markt nicht überlastet wird. Ich habe immer der Versuchung widerstanden, Ausgaben, die nicht in den Etat gehören, aus Anleihen zu bestreiten. Es ist ja das allereinfachste, wenn man die Schulden nicht selbst bezahlt, sondern der künftigen Generation überläßt. Der Versucher ist auch im Abgeordnetenhause an mich herangetreten, fand aber kein Gehör bei mir. Wir haben Wind und Wetter über unsere Anleihen ergehen lassen, ohne ihnen den Rücken zu steifen. England, Frankreich, Nordamerika sind da anders vorgegangen. Von den englischen Anleihen, die etwa 16 Milliarden betragen, sind 11 Milliarden in festen Händen, bei uns von ebenfalls 16 Milliarden im Reich und den Bundesstaaten vielleicht nur drei Milliarden. Die Sparkassen sollten ihre Gelder mehr in Staatspapieren anlegen. Um den Sparkassen entgegenzukommen, haben wir ihnen bei unseren Anleihen von 1909 und 1910 besondere Vergünstigungen gewährt. Sollten unsere Versuche zur Hebung unserer Anleihen nicht von Erfolg sein, so werden noch gesetzliche Maßnahmen zu treffen sein, daß die Sparkassen durch Gesetz gezwungen werden, sich liquid zu erhalten. Die Versicherungsanstalten sollten für das Reich und die Bundesstaaten auch etwas tun. Auch die Lebensversicherungsgesellschaften sollten die moralische Pflicht anerkennen, in stärkerem Maße Staatspapiere zu kaufen, da sie ja doch nur auf grund der staatlichen Konzession ihre Geschäfte betreiben können. Jetzt haben sie bei 4 Milliarden Vermögen nur 73 Millionen in Staatspapieren angelegt. Wir dürfen nicht ermatten, den Staatspapieren gesetzlich die Hilfe zu schaffen, deren sie bedürfen und die sie in anderen Ländern haben. Ein weiterer Schritt in dieser Richtung ist der vorliegende Gesetzentwurf, der eine Anzahl von Hemmnissen beseitigt, die früher bestanden. Ich bitte um Annahme der Vorlage. (Beifall.)

Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Es folgt die Beratung eines Gesetzes über die **Verpflichtung zum Besuch ländlicher Fortbildungsschulen in Schlesien.** Das Gesetz schreibt den Besuchszwang für die bestehenden Schulen vor und lehnt sich aufs engste an das 1904 für Hessen-Nassau erlassene Gesetz an. Die Kommission hat in der Regierungsvorlage das Verbot des Sonntagsunterrichts gestrichen.

Generalfeldmarschall Graf **v. Haeseler** bedauert, daß das Gesetz das Prinzip des Besuchszwanges nicht noch weiter durchgeführt hat. Nur dort soll der Zwang gelten, wo er der ausgesprochene Wunsch der Bevölkerung ist. Die ländliche Fortbildungsschule soll nicht nur eine landwirtschaftliche Fortbildungsschule sein, sondern muß auch andere Interessen berücksichtigen. Hoffentlich kommt bald ein Gesetz, das den Fortbildungsschulzwang für ganz Preußen einführt. (Beifall.) Der Redner beantragt, daß der Unterricht an Sonntagen nicht den Gottesdienst behindern darf. Er fordert weiter Ausdehnung des Unterrichts auf das ganze Jahr und auf das Alter über 18 Jahre hinaus und schließlich Nichtbefreiung der Einjährig-Freiwilligen vom Schulbesuch.

Professor **Klein**-Göttingen: Der wichtigste Punkt ist die Beschaffung geeigneter Lehrkräfte. Wir werden dazu kommen müssen, besondere Landlehrerseminare und besondere Stadtlehrerseminare einzurichten, in denen die Lehrer je nach den Bedürfnissen ihres künftigen Wirkungskreises gesondert ausgebildet werden.

Oberbürgermeister Dr. **Gerhard**-Halberstadt fordert gleichfalls, daß die Schüler durch den Schulbesuch an der Teilnahme des Hauptgottesdienstes nicht gehindert werden.

Landwirtschaftsminister **v. Arnim:** Mit Entschiedenheit muß ich mich gegen die Forderung des Grafen Haeseler wenden, wonach die Erlangung des Zeugnisses für den Einjährig-Freiwilligen Dienst nicht von der Verpflichtung zum Fortbildungsschulbesuch befreien soll. Ein junger Mann mit der Reife für Obersekunda gehört nicht in die Fortbildungsschule. Zwingt man ihn zum Besuch, so wird er den Unterricht sehr bald schwänzen und damit nur den übrigen Schülern ein böses Beispiel geben.

Graf **Botho zu Eulenburg:** Der Fortbildungsschulunterricht darf, wie es auch in Hessen-Nassau der Fall ist, an Sonntagen nicht stattfinden.

General **v. Bissing:** Es ist bedauerlich, daß der Gesetzentwurf sich auf Schlesien beschränkt und nicht für die ganze Monarchie gelten soll. Bei der jetzigen Vorbildung der Volksschullehrer kann die Fortbildungsschule ihre hohen Aufgaben nicht erfüllen. Es empfiehlt sich deshalb schon jetzt, die Anstellung besonderer Fortbildungsschullehrer, die, wenn es an dem nötigen Material fehlen sollte, aus den Reihen der tüchtig vorgebildeten und patriotisch geschulten verabschiedeten Offiziere (!) genommen werden könnten. (Beifall.)

Oberbürgermeister **Bender**-Breslau: In den meisten Städten ist der Fortbildungsschulzwang bereits eingeführt. Der Widerstand gegen die Fortbildungsschule in den Kreisen des Handwerks hat auch fast ganz aufgehört. Ich bin für den Gesetzentwurf, doch darf der Unterricht am Sonntag nicht stattfinden. Das wäre eine Härte, die überall unangenehm empfunden würde. Der Sonntag muß ein Ruhetag sein und bleiben. (Beifall.)

Bei der Abstimmung wurde das völlige Verbot des Unterrichts am Sonntag beschlossen. Der Gesetzentwurf wird angenommen. — Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr: Vereidigung neuer Mitglieder, Eingemeindungsvorlagen, Petitionen.

Verband Deutscher Kunstgewerbevereine.

Der 20. Delegiertentag des Verbandes Deutscher Kunstgewerbevereine wurde im Festsale des Künstlerhauses unter starker Beteiligung der dem Verband angeschlossenen Vereine abgehalten. Den Vorsitz führte Geheimrat Muthesius-Berlin. Auf dem Delegiertentag waren vertreten das Reichsamt des Innern durch den Geheimen Oberregierungsrat Dr. Lewald, das preußische Handelsministerium durch den Geheimen Oberregierungsrat Dönhoff, weiter das bayerische Kultusministerium, die Staatsministerien von Baden und Sachsen-Weimar, die Senate von Hamburg, Bremen und Lübeck, das Berliner Polizeipräsidium, die Magistrate von Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf und Wilmersdorf, das Berliner Kunstgewerbemuseum, die Handelskammer von Plauen und der Deutsche Werkbund.

Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten sprach Direktor Dr. Jessen-Berlin über die Organisation der Kräfte im heutigen Kunstgewerbe. Er wies auf den Aufschwung hin, den das deutsche Kunstgewerbe in den letzten Jahren genommen hat und durch den es ihm gelungen ist, Frankreich zu überflügeln und England beinahe gleichzukommen. Für das deutsche Kunstgewerbe bleibt die Organisation die zweckmäßigste, die in engster Fühlung bleibt mit Werkstatt, Vertrieb und Publikum.

Ueber die Geschmacksbildung des Kaufmanns referierte Direktorialassistent Dr. Schmitt, Magdeburg. Er ging von der Tätigkeit des Deutschen Werkbundes aus, der sich gerade die Geschmacksbildung des Kaufmanns zur Aufgabe gesetzt habe. Gemeinschaftlich mit diesem Werkbund und gemeinschaftlich mit den kaufmännischen Organisationen sollten die Kunstgewerbevereine dahin arbeiten, daß durch belehrende Vorträge und Demonstrationen der Geschmack des Kaufmanns in künstlerischer Weise ausgebildet werde.

Ueber die bevorstehende Revision des Gebrauchsmustergesetzes sprach Professor Dr. Osterrieth-Berlin, der die Einberufung eines Kongresses empfahl.

Die Frage der wirtschaftlichen Qalitätsarbeit behandelte der Direktor des Statistischen Amtes in Halle, Privatdozent Dr. Wolff. Er stellte als die Ergebnisse der wirtschaftlichen Qualitätsarbeit hin die Hebung des gesamten Kulturlebens im allgemeinen und im besonderen eine Stabilisierung der Preise, im Anschluß hieran eine Stabilisierung der Arbeitslöhne und im Anschluß hieran wiederum die Möglichkeit, wirtschaftliche Krisen leichter zu überwinden.

Der Direktor des Bremer Gewerbemuseums Professor Högg trat für eine Hebung der Friedhofskunst ein. In künstlerischer Beziehung sei es auf unseren Friedhöfen sehr schlecht bestellt und die gegenwärtigen Geschmacklosigkeiten wirkten um so schlimmer, als gerade auf diesem Gebiet die Vergangenheit Großes geleistet habe. — Weiter beschäftigte sich der Delegiertentag mit dem Submissionswesen, mit Wanderausstellungen und mit der Frage der Auskunftsstellen zur Erteilung von Ratschlägen auf künstlerischem Gebiet. — Schließlich nahm der Delegiertentag einen Antrag an, der sich gegen die kostenlose Lieferung von kunstgewerblichen Entwürfen aussprach und deren angemessene Honorierung verlangte. Ein weiterer Antrag, der gleichfalls angenommen wurde, empfahl den Vereinen, einheitliche Bestimmungen für künstlerische Wettbewerbe zu erlassen.

Vereine und Versammlungen.

Sitzung haben Mittwoch abend:

Demokratischer Bezirksverein Wedding-Gesundbrunnen. 8½ Uhr Bezirkssitzung in der Bockbrauerei, Chausseestraße 64.

Verein der deutschen Kaufleute. Ortsverein 4. Unionfestsäle, Greifswalderstraße 221. Ortsverein 7, Restaurant Neu-Bellevue, Alt-Moabit 89. Ortsverein Schöneberg, Miethes Festsäle, Hauptstraße 5.

Kirchlich-liberaler Parochialverein der Pfingstgemeinde. Abends 8½ Uhr im Restaurant Pfalzgrafen, Petersburgerstraße 63.

Bezirksverein vor dem Stralauer Tor. 9 Uhr im „Alten Fritz“ am Stralauer Tor.

Diskutierklub der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkvereine, NO., Greifswalderstraße 221/223. Vortrag des Herrn Lewin über: „Brennende Tagesfragen“.

Theaterverein Frohe Zukunft 1910. Abends 9½ Uhr Restaurant Greulich, Gartenstraße 48.

Turnverein Hasenheide. Frauenabteilung von 8 bis 10 Uhr S., Bockhstraße 17.

Sachsenverein zu Berlin. 8½ Uhr Restaurant „Schultheiß“, Behrenstraße 48 II.

Berliner Damen-Turnvereinigung II. Abteilung. 8 Uhr. Turnhalle: Niederwallstraße 7. 6 Uhr I. Schülerinnenabteilung, Turnhalle: Ziegelstraße 12.

Berliner Turngenossenschaft. III. Männerabteilung N., Chorinerstraße 74, 8½—10 Uhr. VI. Männerabteilung O., Ehrenbergstraße, 8½ bis 10 Uhr. VII. Männerabteilung S., Kottbuser Ufer 51, 8½—10 Uhr. V. Lehrlingsabteilung O., Rigaer Straße 81, 8—10 Uhr. IV. Damenabteilung N., Böttgerstraße, 8½—10 Uhr, Knabenabteilung O., Ehrenbergstraße, 7—8½ Uhr.

Verein der Bayern. 9 Uhr Restaurant „Zum Spaten“, Friedrichstraße 172.

Männerchor ehemal. Schüler des königl. Domchors. 9—11 Uhr Lehrervereinshaus, Alexanderplatz.

Gabelsbergerscher Stenographenverein Berlin-Süd. 9 Uhr Stallschreiberstraße 5.

Neue Philharmonische Orchestervereinigung. 9 Uhr, Gipsstraße 9, Probe.

Zwanglos wissenschaftliche Vereinigung. Alte Geheimratskneipe, Jerusalemerstr. 8.

Berliner Handwerkerverein. Sophienstr. 18. 9 Uhr, Vortrag des Stadtrats Kalisch: „Reichshauptstadt Berlin“.

Berliner Briefmarkenbörse. 8½ Uhr Architektenhaus, Wilhelmstraße 92/93.

Bestbewährte gesunde und magen-darmkranke Kufeke -Kindermehl -Krankenkost Nahrung für: sowie schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

LIEBIG's Fleisch-Extract
darf seit mehr als 40 Jahren
in keiner guten Küche fehlen.

Pianinos, prächtige Instrumente, herrl. Tonfülle, billige Preise, größte Auswahl, 20jähr. Garantie. Gebr. sehr billig. Ratenzahlung gestattet. Katalog gratis und franko. *
Sachter & Co., Friedrichstr. 113

Hühner, junge beste Leger 2½ M., sofort festsitzende Brutputen, Brutcier hochedelster Rassen empfiehlt unter Garantie für Reellität Wegner, Berlin SO., Mariannenst. 34.*

Wasserdichte Bekleidung aller Art. Prsl. gr. Carl Schönbohm, Brüel i. M. 15.*

Polytechn. Institut FRANKENHAUSEN (Kyffh.). Maschinenb., Elekt., Ingen. u. Werkm.-Abtlg. Hochbau! Tiefbau!
Theorie und Bau von Flugzeugen

Tausende von Sterbefällen
ereignen sich jährlich auf der Strassen- und Eisenbahn. Nur eine Versicherung schützt Sie vor den Folgen. Verlangen Sie Zusendg. d. Prosp. A für eine
kostenlose lebenslängliche Unfallversicherung
vom Möbel-Haus Siegm. Misch
Dresdener Strasse 16.

SYPHILISTROPFEN
Gratisprobeflasche: Medicin. Drogerie HERRMANN BERLIN N. 54, Lothringerstr. 62.

Möbel
Komplette Wohnungs-Einrichtungen
und Einzelmöbel in jeder Preislage. — Reellste Bedienung. Lieferung frei durch ganz Deutschland, Berlin u. Vororte durch eigene Gespanne. Jede Garantie. — Eigene Tischler- und Tapezierer-Werkstätten. — Firma besteht seit 1896.
Gustav Richter
Berlin N.
Kastanienallee 26
Telephon Amt 3, Nr. 769.